

Bezahlbaren Wohnraum schaffen. – Der Wohnungsnot für Familien entgegentreten. – Die eigenen Bürger nicht abwandern lassen müssen. – In den zu wenig besetzten Preissegmenten Abhilfe schaffen.

Das waren die Ziele und Erwartungen von Bürgern, Wählern und nicht zuletzt von uns Gemeinderäten an eine Schwetzingener Wohnungsbaugesellschaft – eben jenes Feld beackern, das die freie neoliberale und profitgetriebene Kapitalwirtschaft nicht beackern kann und das eine in sich völlig heterogene, politisch in diesem Feld inhaltslose und völlig handlungsunfähige Landesregierung nicht beackern will – jenes Feld des „Sozialen“ im Wohnungsbau, bzw. ich würde es anders formulieren, als etwas, das wie ein Bedürfnis zu stillen gilt: die „Wohnversorgung“ unserer Bevölkerung.

Nun gut – das eine sind die Erwartungen – das andere die Realität. Das erste Projekt soll ein Hausbau werden, 6 Parteien, 3 Zimmer-Küche-Bad, hoher Standard, Mietpreis trotz geplantem städtischem Zuschuss am Ende bei um die 9 Euro. – Ist es das? Ist das der erste große Wurf? Sieht so die Erfüllung unserer hehren Ziele aus? Ist das die Erfüllung unseres Bedarfs an erschwinglichem und vom Wirtschaftsmammon losgelösten Wohnraumproblems für möglichst viele?

Wohl kaum! – Das ist dieses Projekt nicht.

Das wissen wir aber auch. Auch wir Sozialdemokraten wissen das und trotzdem werden wir zustimmen. Uns ist doch auch klar, dass ein erstes Projekt bei einer gerade erst gegründeten Wohnungsbaugesellschaft nicht ad hoc sofort und auf immer alle Probleme lösen kann. Trotzdem sollten wir hinschauen – auf die Details beim jetzigen Projekt und auf die großen Ziele, die wir für die Zukunft mit der Wohnungsbaugesellschaft verbinden – und zwar mit jedem Projekt ein bisschen: immer ein Stück weniger vom Mitschwimmen am Markt und immer ein Stück mehr vom Loslösen von diesem – Gerechte Wohnversorgung

ohne viel und große Renditeerwartung als Dienst am Bürger, als Dienst an der Gesellschaft.

Zugegeben: Das Projekt Lindenstraße wird mit 9 Euro pro m² alles andere als günstig in der Miete sein. Trotzdem muss die SWG und Herr Körner hier auf die Bedürfnisse vor Ort eingehen, heißt: wir brauchen bei der Belegung der Wohnung Kriterien über deren Belegschaft, so können wir steuern – so sollten wir steuern – insbesondere zwei Dinge:

- 1. Familien treibt der Markt immer mehr in den Ruin, die Löhne steigen zwar, werden aber von laufenden Kosten aufgeessen. Der Markt macht es aus Renditegründen obendrein schwer. Daher sollte grundsätzlich gelten: Familien und/oder Alleinerziehende sollten den Vorzug bekommen VOR Alleinstehenden oder kinderlosen Paaren, selbst wenn deren Bonität auskömmlicher erscheinen mag!

- 2. Die steigenden Mietpreise treiben vor allem junge Schwetzingen Familien aus unserer Stadt hinaus ins Umland, bis in den Odenwald oder sogar in die Pfalz – und Schwetzingen sollte mit seinen städtischen Projekten, wie unserem Lindenstraßenprojekt kein Zufluchtsort für exilierende hochpreisflüchtige Heidelberger sein – nein, hier sollte vor Vermietung, vor Belegung die Prüfung einer Schwetzingen Biografie (z.B. voriger Schulbesuch o.ä.) ein Bonus für solche Wohnungsanwärter sein. Kurz: Schwetzingen erstmal den Schwetzingern!

Grundsätzlich sei eines gesagt: durch den Zuschuss der Stadt werden mit Steuergeldern die Mieten letztlich künstlich gedrückt – zum einen ist das eine Belastung des allgemeinen Stadtsäckels, das sei unumwunden gesagt – zum anderen aber ist es eine städtisch-bürgerliche Mietpreisbremse, wenn auch nur eine kleindimensionierte. Das Signal aber für dieses erste Projekt ist: die

Stadtverwaltung, der Gemeinderat, die Wohnungsbaugesellschaft und hoffentlich auch die Bürger sehen in eine Richtung, die Perspektiven für die Zukunft aufzeigt.

Diese Perspektiven müssen aber dann auch in Zukunft zu echten Bildern, zu Realität, zu echter gelebter und gebauter kommunaler Wohnbaupolitik werden. An den nächsten Projekten werden sich die Ziele messen lassen – Projekt Thienhaus, Projekt Alter Messplatz, Projekt Pfaudler:

Bezahlbaren Wohnraum schaffen. – Der Wohnungsnot für Familien entgentreten. – Die eigenen Bürger nicht abwandern lassen müssen. – In den zu wenig besetzten Preissegmenten Abhilfe schaffen.

Und hier heißt es dann für Herrn Körner, die SWG und die Stadt: „liefern!“